

14. NOV



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

F/KV/260 - 12. November 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Politik - doch ein unsauberes Geschäft?</u> Von Dr. Adolf Arnét, MdB, Bonn	37
2 - 3	<u>Die Präsidentschaft in den sechziger Jahren</u> "Das Weiße Haus muß Zentrum der politischen und moralischen Führung sein" Von John F. Kennedy	97
4 - 5	<u>Der Putsch von Saigon</u> Südvietnams Armee erhebt sich gegen Staatschef Diem	72
6	<u>Späte Kritik</u> Bundesratspräsident Dr. Meyers an der Klagenauer	33
7	<u>Partnerschaft mit den Entwicklungsländern</u> Sozialdemokratische Frauen beschäftigen sich mit Problemen der jungen Staaten	52

\* \* \*  
\* \* \*

Politik - doch ein unsauberes Geschäft?

Von Dr. Adolf Arndt, MdB, Bonn

Die Gewissensentscheidung des Abgeordneten Herrn Nellen hat zu einer bemerkenswerten Diskussion im Grundsätzlichen geführt. Nellens Schritt ist nicht mit irgendeiner Sachentscheidung motiviert. Versuche, seine Beweggründe auf seine angeblichen Ansichten hinsichtlich der auswärtigen Politik oder der Rüstungsfragen zu begrenzen, treffen daher nicht das Wesentliche. Es geht Nellen nicht darum, ob man in der einen oder anderen Sachfrage so oder so denkt, die eine oder die andere Möglichkeit wählt. Seine Kritik richtet sich auf das Grundsätzliche. Sie wendet sich dagegen, das demokratische Fundament unseres Zusammenlebens durch ein absolutes Freund-Feind-Verhältnis zu zerstören.

Daran haben sich Kommentare geknüpft, die zu tiefster Beunruhigung Veranlassung geben müssen. Aus dem Leitartikel einer in Berlin erscheinenden CDU-Zeitung mußte man schließen, daß angeblich ein praktischer Politiker die Methode des verleumderischen Angriffs auf den Gegner oder der Irreführung des Wählers bloß "schlicht" nach dem Erfolg beurteile. Es wird dort geradezu der Anschein erweckt, als ob Verleumdung und Irreführung als "Regeln" der Politik anzusehen seien, ohne deren Beachtung ein praktischer Politiker zur Erfolgslosigkeit verdammt bleibe. Ähnlich schreibt eine in Stuttgart erscheinende Tageszeitung über Peter Nellen:

"...Die ihm richtungweisenden Werte wurzeln im Moralischen. Er versucht, sie zu Maßstäben politischer Entscheidungen zu machen. Aber die Politik hat ihre eigenen Spielregeln. Sie sind nicht immer sehr sauber. ... Menschen seiner charakterlichen Struktur sollten Prediger werden, Erzieher, Künstler, wenn sie das Zeug dazu haben. Aber wo es um das realistische Feilschen, um Interessenausgleiche geht, das das Wesen der Politik ausmacht, werden sie immer versagen..."

Hier wird ein Macchiavelismus offenbar, der ein atemberaubendes Erschrecken rechtfertigt. Sind wir wieder soweit, daß wir Menschen, die sich um sittliche Maßstäbe für ihr Tun und Lassen bemühen, wie Ophelia ins Kloster schicken? Ist die Politik ein sittliches Niemandsland, wo der Erfolg alles legitimiert und es nur darauf ankommt, möglichst hemmungsfrei zu sein? Soll der künftige Wahlkampf danach entschieden werden, wer es am besten versteht, sich bestialisch zu betragen?

Wie schätzt man eigentlich die politische und sittliche Reife des deutschen Volkes ein?

+ + +

## Die Präsidentschaft in den sechziger Jahren

"Das Weiße Haus muß Zentrum der politischen und moralischen Führung sein."

Von John F. Kennedy

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, hat in einem in der vorletzten Ausgabe der "Aussenpolitik" erschienenen Artikel seine Gedanken über die Aufgaben entwickelt, die den Präsidenten der USA in den sechziger Jahren erwarten. Im nachfolgenden sind die bemerkenswertesten Stellen dieses Artikels wiedergegeben:

Während der vergangenen acht Jahre haben wir eine bestimmte Auffassung der Präsidentschaft an der Arbeit gesehen. Unsere Bedürfnisse und unsere Hoffnungen sind bereit vorgetragen worden - aber die Initiative und das Durchziehen sind zu oft anderen überlassen worden. Und zu oft sind die eigenen Ziele des Präsidenten durch seine Unfähigkeit verlorengegangen, Widerstände aus seiner eigenen Partei, im Kongreß oder in seinem eigenen Kabinett zu überwinden.

Das amerikanische Volk mag 1952 und 1956 dieses besondere, begrenzte Konzept der Präsidentschaft nach zwanzig Jahren temperamentvoller, schöpferischer Präsidentschaft vorgezogen haben. Vielleicht werden Historiker dies als notwendigerweise eine der häufigen Perioden der Konsolidierung betrachten, als eine Zeit des Atemholens, der Erneuerung unserer nationalen Energien.

Aber die Frage ist, was fordern die Zeiten - und das Volk - für die nächsten vier Jahre im Weißen Haus?

\*

Sie verlangen einen starken Verfechter der nationalen Interessen - nicht einen passiven Vermittler zwischen rivalisierenden privaten Interessen. Sie erfordern einen Mann, der fähig ist, als Oberkommandierender der Großen Allianz zu handeln, nicht nur als Buchhalter, der meint, seine Arbeit sei getan, wenn die Zahlen in der Kassenabrechnung ausgeglichen sind. Sie erfordern, daß er das Haupt einer verantwortlichen Partei ist, sich also nicht so weit über die Politik erhebt, daß er unsichtbar wird, einen Mann, der eine Gesetzgebungspolitik formuliert und für sie kämpft, und nicht nur ein gelegentlicher Zuschauer im Gesetzgebungsprozess ist.

Heute ist ein begrenztes Konzept der Präsidentschaft nicht genug. Denn unter dem äußeren Glanz, der heute über Friede und Prosperität liegt, gibt es zunehmend gefährliche, ungelöste, lang zurückgestellte Probleme, die unvermeidlich in den nächsten vier Jahren der nächsten Administration durch die Oberfläche brechen: der wachsende Raketenrückstand, der Aufstieg des kommunistischen China, der Notstand der unterentwickelten Nationen, der explosive Situation in Berlin und in der Formosa-Straße, die Zersetzung der NATO, das Fehlen eines Abkommens über Rüstungskontrolle und all die inneren Probleme, Farmen, Städte und Schulen. Diese Administration ist nicht an diese und andere Probleme herangegangen. Es ist viel geredet worden - ich werde an das alte chinesische Sprichwort erinnert: "Auf der Treppe ist großer Lärm, aber es kommt niemand ins Zimmer!"

In den Jahrzehnt, das vor uns liegt - in den bedrohlichen, revolutionären sechziger Jahren -, wird die amerikanische Präsidentschaft mehr erfordern als tönende Manifeste aus der Etappe der Schlacht. Sie verlangt, daß der Präsident sich selbst gerade in den Brennpunkt des Kampfes stellt, daß er sich leidenschaftlich für das Schicksal des Volkes einsetzt, das er führt, daß er entschlossen ist, ihn zu dienen, auch auf die Gefahr, im Augenblick sein Mißfallen zu erregen.

\*

Aber das Weiße Haus ist nicht nur das Zentrum der politischen Führung. Es muß auch das Zentrum der moralischen Führung sein - eine "prächtige Kanzel", wie Theodore Roosevelt es beschrieben hat. Denn nur der Präsident repräsentiert das nationale Interesse. Und auf ihn konvergieren alle Nöte und Hoffnungen aller Teile des Landes, aller Departments der Regierung, aller Nationen der Welt. Es genügt nicht, vorherrschende Gefühle zu repräsentieren - also der Praxis von McKinley zu folgen, wie sie Joe Cannon beschrieben hat, nämlich "das Ohr so eng an die Erde zu legen, daß er es voll Grashüpfer hatte". Wir brauchen in den sechziger Jahren einen Präsidenten, der willens und fähig ist, seine nationale Wählerschaft in der geeignetsten Stunde aufzurufen, das Volk auf unsere Gefahren und Gelegenheiten hinzuweisen, von ihm Opfer zu fordern, die notwendig sind. Trotz zunehmender Klarheit über seine verlorene nationale Entschlußkraft und einen nachgiebigen nationalen Willen sind die Worte Franklin D. Roosevelts aus seiner ersten Antrittsrede noch immer wahr: "In jeder dunklen Stunde unseres nationalen Lebens hat eine Führung, die Offenheit und Vitalität zeigte, das Verständnis und die Unterstützung des Volkes selbst gefunden, was für den Sieg wesentlich ist." Roosevelt erfüllte die Aufgabe einer moralischen Führung. Ebenso Wilson und Lincoln, Truman und Jackson und Teddy Roosevelt. Sie führten das Volk in gleicher Weise wie die Regierung - sie kämpften für große Ideale ebenso wie für Gesetze. Und es ist an der Zeit, abermals eine solche Art von Führung zu fordern. Und da nun diese wichtige Kampagne beginnt, wollen wir die Fragen diskutieren, denen der nächste Präsident gegenübersteht - wir wollen aber auch die Macht und die Mittel diskutieren, mit denen wir sie in Angriff nehmen müssen.

Denn wir müssen dieses Amt mit außergewöhnlicher Stärke und Einsicht ausstatten. Wir müssen nach dem Vorbild von Abraham Lincoln handeln, der sein Kriegskabinett zu einer Sitzung über die Emancipation Proclamation zusammenrief. Dieses Kabinett war sorgfältig ausgewählt worden, um viele Elemente des Landes zu befriedigen und zu vertreten. Aber "ich habe euch zusammengerufen", sagte Lincoln, "um zu hören, was ich niedergeschrieben habe. Ich will nicht euren Rat zu dem Hauptgegenstand hören - das habe ich selbst entschieden. Und später, als er nach vielen Stunden ermüdenden Händeschüttelns, die seinen Arm schlapp gemacht hatten, die Unterschrift vollzog, sagte er zu den Anwesenden: "Wenn mein Name in der Geschichte untergeht, dann wegen dieser Tat. Meine ganze Seele ist darin enthalten. Wenn meine Hand bei der Unterzeichnung dieser Proklamation zittert, werden alle, die das Dokument später prüfen, sagen: "Er zögerte". Aber Lincolns Hand zitterte nicht. Er zögerte nicht. Er war nicht doppelzünftig. Denn er war der Präsident der Vereinigten Staaten. In diesem Geiste müssen wir in den kommenden Monaten und Jahren vorwärtsschreiten.

+ + +

### Der Putsch von Saigon

E.D. - Wie schon früher in Pakistan, Burma und Laos hat nun auch die Armee in Südvietnam den Versuch unternommen, die zivile Gewalt im Staat durch ihre eigene zu ersetzen. Auch wenn zur Stunde noch nicht feststeht, ob der Putsch der Fallschirmjäger von Saigon als geglückt anzusehen ist, muss die Stellung des bisherigen Präsidenten Ngo Dinh Diem in jedem Falle als erschüttert angesehen werden. Nicht ohne Ironie ist hierbei die Tatsache, dass gerade jener Teil des Staates im südlichen Sektor des zweigeteilten Landes revoltiert hat, der wie kein zweiter von den Milliardensummen profitiert hat, die die USA seit 1955 in der Form der Wirtschafts- und Militärhilfe geleistet haben.

#### Zwischen Autokratie und Korruption

Südvietnam war dem ehrgeizigen Ngo Dinh Diem nach der Genfer Indochina-Konferenz wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen. Durch den Bürgerkrieg ausgeplündert, eine willfähige Beute in den Händen sich bekämpfender Gruppen von Gangstern, Bordellbesitzern und raffgierigen Sektenführern, bedroht durch den Vorstoß der siegreichen kommunistischen Vietminh-Armeen aus dem Norden, sehnte sich das Land mit seinen hunderttausenden von Flüchtlingen nach Ordnung. Die Marionette des französischen Kolonialismus, "Kaiser" Bao Dai, musste zusammen mit seinen Beschützern Saigon verlassen. Und wäre nicht jeder in einer solchen Situation als Befreier begrüßt worden, der sich bereit zeigte, aus dem Sumpf des Elends einen neuen Staat aufzubauen? Aber die diktatorischen Mittel, mit denen Diem - nicht ohne Zustimmung des gequälten Volkes - das Land vom Unwesen der Banden und kommunistischen Guerillas zu säubern begann, mussten sich als eine schwere Hypothek in dem Augenblick erweisen, in dem die Fundamente einer demokratischen Gesellschaft gelegt werden sollten. Weit davon entfernt, seine unumschränkte Herrschaft einzuschränken, verstärkte der Staatschef seine Macht, indem er das kommunistische Nordvietnam als Grund seines Handelns angab. Und damit hatte er nicht einmal unrecht, denn die Gewalthaber in Hanoi versuchten alles, von Terrorakten bis zur Einschleusung von Agenten, Diem aus dem Sattel zu heben und ihren Einfluss auch auf Südvietnam auszuweiten. In vielen Fällen jedoch war der Antikommunismus des Saigoner Staatschefs nur ein Vorwand, sich und seine Familie zu bereichern. Während die Masse der Bevölkerung darbt, wuchs der Wohlstand und das Vermögen der Diems. Spielbanken, Lasterhöhlen und Opiumsplunken wurden in eigene "Regie" übernommen, und es halten sich hartnäckig die Ge-

12. November 1960

richte, dass zumindest ein Bruder des Staatschefs an der amerikanischen Wirtschaftshilfe und Währungsspekulationen Millionen verdient habe.

#### Sorgen der USA

Weder das Parlament noch die Amerikaner hatten in Südvietnam Einfluss. Zwar gab und gibt es eine parlamentarische Opposition, jedoch war sie zu schwach, um der autokratischen Willkür Diems die Zügel anzulagen. Die USA, die ein begreifliches Interesse an einem antikommunistischen Regime im Lande haben mussten, sahen schon seit langem mit Sorge den Augenblick herannahen, da die Unzufriedenheit an den wirtschaftlichen und politischen Zuständen die Stellung des Staatschefs unterminieren würde, eine Tatsache, die sehr leicht, wie etwa in Laos, kommunistischen Wühlaktionen Tor und Tür öffnen könnten. Kein Wunder, wenn Washington angesichts der Lage und im Hinblick auf eine Erhaltung der SEATO in Saigon des öfteren intervenierte, jedoch immer auf taube Ohren stieß. Man kommt, dass die Politik Diems immer mehr dazu führte, den Kommunismus zu fördern als ihm Einhalt zu gebieten.

#### Rettungsaktion in letzter Stunde ?

Man musste dann überrascht sein, dass die antikommunistische Opposition des Diem-Regimes zur letzten Waffe griff, die ihr geblieben zu sein schien: die Armee, um die Revolution durch den Kommunismus zu verhindern. Und ohne Zweifel ist die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums, die sehr deutlich über den antikommunistischen Charakter der Militärrevolte hervorhebt, ein rechtes Wort zur rechten Stunde. Denn eine Unterstützung des Staatschefs gegen den Widerstand breiter Schichten des Volkes durch die USA könnte eine Lawine in Gang setzen, die das Gebilde der SEATO nicht nur in Südvietnam, sondern auch anderswo in Südostasien zum Wanken und das ohnehin spannungreiche Verhältnis Amerikas zu den pazifischen Randstaaten Asiens über Gebühr belasten würde.

Wie auch immer der Putsch in Saigon ausgehen mag, er ist ein klares Anzeichen dafür, dass die Zeit einer Wende sich ankündigt, in der die Armee mangels stabilisierender Faktoren das Schicksal ganzer Nationen in die Hand nehmen muss. Ob dies dann zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse führt wie in Burma oder zur Errichtung von Militärdiktaturen wie in Pakistan, das ist die Frage, deren Beantwortung in alle Südvietnam zur Stunde noch aussteht.

### Späte Kritik

Bundesratspräsident Dr. Meyers an der Klagemauer

sp - Der neue Bundesratspräsident, Ministerpräsident Dr. Franz Meyers von Nordrhein-Westfalen, hat in seiner Antrittsrede bittere Klage darüber geführt, daß der Bundesrat allzuoft von der Bundesregierung in den Hintergrund gedrängt werde, obwohl er doch gleichberechtigtes oberstes Bundesorgan sei.

Diese Klage aus dem Munde eines CDU-Ministerpräsidenten klingt etwas merkwürdig. Sachlich ist sicher alles, was Dr. Meyers sagte, richtig. Es stimmt, wenn man behauptet, der Bund gehe manchmal allzu großzügig mit Verfassungsänderungen um. Auch der Vorwurf Dr. Meyers, daß Verfassungsänderungen vorgenommen werden, die das öffentliche Wohl nicht gebiete, und die im Grunde genommen nichts anderes bezweckten, als die Wünsche von Bundesressorts zu verwirklichen, ist sicher berechtigt.

Aber - so fragen wir uns - warum hat Dr. Meyers nicht schon längst seinem allgewaltigen Parteichef und Bundeskanzler Dr. Adenauer die Leviten gelesen? Warum hat er nicht öffentlich protestiert, als Herr Adenauer seine Fernseh-GMBH gründete, die Länder überfuhr und damit auch indirekt die Stellung des Bundesrates durchlöcherte? Warum hat Herr Dr. Meyers nicht gemeutert, als sein Parteifreund, Bundesinnenminister Dr. Schröder, in Vorbereitung der Notstandsgesetzgebung die Länder vor vollendete Tatsachen stellte?

Uns scheint, die Klagen des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und derzeitigen Bundesratspräsidenten wären wirkungsvoller, wenn er und seine CDU-Kollegen im Bundesrat schon früher und schon häufiger öffentliche Kritik am Verhalten des Bundes geübt hätten. Die sozialdemokratischen Länderchefs und Mitglieder des Bundesrates haben das getan. Sie wurden, leider, von ihren CDU-Kollegen stets im Stich gelassen, wenn Herr Adenauer in "privater Aussprache unter Parteifreunden" seine höchst eigenwilligen Erläuterungen zum Grundgesetz gegeben hatte.

Nun, wir wollen hoffen, daß mit der Antrittsrede Dr. Meyers aus Anlaß der Übernahme der Bundesratspräsidentschaft eine neue Ära beginnt. Jeder Mitstreiter im stets notwendigen Kampf um die Sicherung unserer Verfassungsgrundlagen soll uns willkommen sein. Auch wenn er spät kommt.

## Partnerschaft mit den Entwicklungsländern

PK - Die Heimvolkshochschule der Friedrich Ebert Stiftung in Bergneustadt war in der Zeit vom 7. - 12. November Treffpunkt sozialdemokratischer Frauen aus allen Ländern der Bundesrepublik und Berlin, die sich unter dem ebenso interessanten wie schwierigen Thema "Partnerschaft mit den Entwicklungsländern" mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen afrikanischer und asiatischer Staaten befassten.

Es kam bei dieser Tagung nicht nur darauf an, durch nahehafte Referenten und Experten eine weitgehende Wissensvertiefung zu erhalten, sondern auch eine Vielzahl von praktischen Hilfsmöglichkeiten zu erarbeiten, die von Deutschland aus gegeben werden können.

Der Begriff "Entwicklungsländer" wird zwar in den letzten Jahren ständig benutzt, ist aber bisher kaum definiert worden. Heinz Putzrath, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft "Weltweite Partnerschaft" führte deshalb in einem ganz ausgezeichneten Referat die Tagungsteilnehmerinnen in den Begriff der Entwicklungsländer ein und zeigte ihnen die Gründe dafür auf, warum sich die Weltöffentlichkeit heute überhaupt so eingehend mit den neuen Staaten befasst. Ausgehend von der Schockwirkung, die die sichtbar gewordenen Gärungsprozesse in Asien und mehr noch in Afrika bei uns ausgelöst haben, wies er unter anderem auf die politische Bedeutung dieser Völker hin, die darin zu sehen ist, dass sie heute noch nicht kommunistisch sind, als Einflussgebiete für den Ost- und Westblock gelten. Jeder versucht natürlich, die Herzen und Birnen dieser Menschen für sich zugewinnen und es sind 80 Prozent der Weltbevölkerung, die sich so in einem dauerndem Tanzstille befinden. Von etwa 100 in der UNO vertretenen Nationen gehören über 60 zu dem asiatisch-afrikanischen Block, der praktisch heute schon die Geschichte der Welt entscheidend bestimmt.

Diese Erkenntnisse wurden von der Journalistin, Inge Deutschkron, Bonn, und Sozial-Attache, Jakob Moneta, Paris, in sehr aufschlussreichen Vorträgen über die gesellschaftliche und soziale Struktur und die politische Entwicklung der jungen Staaten noch unterstrichen und vertieft. Mit viel Sachkenntnis beleuchtete Helmut Kalbitzer, MdB, die Wirtschaftslage der Entwicklungsländer, während Hans Jürgen Wilschnowski, MdB, die Teilnehmerinnen mit der heutigen Situation Afrikas bekannt machte, wobei er sich im wesentlichen auf die neuerglückten Punkte Algerien, die portugiesischen Kolonien, die Südafrikanische Union und den Kongo konzentrierte.

Über die Verantwortung Europas gegenüber den Entwicklungsländern sprach Botschafter a.D. Hans Podcyna. Winfried Boell, Referatsleiter in der Carl-Duisberg-Gesellschaft in Köln gab einen Einblick in die praktische Arbeit der Nicht-Regierungsorganisationen. Mit großem Interesse wurde auch der instruktive Vortrag der indonesischen Studentin Mini Mohammad Tahirudin gehört, die in einer eindrucksvollen Schilderung über die Verhältnisse in ihrer Heimat mit den geografischen geschichtlichen, kulturellen und politischen Gegebenheiten des Landes der 300 Inseln vortraut machte. Aufbauend auf den interessanten Referaten und lebhaften Diskussionen wurden in Arbeitsgemeinschaften sehr beachtliche Grundrisse von Entwicklungsrahmenplänen entworfen, die sehr gut als Grundlage für die Aufgaben dienen könnten, die sich die Frauen für ihre eigene Mitwirkung bei der Entwicklungsförderung innerhalb der SPD gestellt haben - und die vielleicht sogar für staatliche und allgemeine Entwicklungshilfe Anregung sein dürften.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel